

Der Staat und der Klimawandel

Lord Anthony Giddens über sein aktuelles Buch „The Politics of Climate Change“

Im Kontext der Finanzkrise ist auf einmal wieder von der Rückkehr des Staates die Rede; ein Zeitalter der Deregulierung geht damit zu Ende. Allerdings muss der Staat nun zwei noch tiefer greifende Krisen verkraften – den Klimawandel und die Frage der Energiesicherheit; auf diese beiden will ich mich im Folgenden konzentrieren. Vieles muss hier neu gedacht werden. Ich will daher gar nicht erst so tun, als könnte ich in diesem Artikel mehr als nur eine erste grundsätzliche Klärung anbieten, und einige der Schwierigkeiten benennen, denen wir uns stellen müssen.



IMPRESSUM



Stiftung Mercator

51°

Das Magazin der Stiftung Mercator
Juni 2009, Ausgabe 3

Herausgeber
Stiftung Mercator gGmbH
Huyssenallee 46, 45128 Essen
Tel. +49 201 24522-0
Fax +49 201 24522-44

Verantwortlich
Christiane Reusch (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Marisa Klasen

Redaktionelle Mitarbeit
Dr. Lars Grotewold
Dr. Gritje Hartmann

Bildnachweis
Michel Angelo/Fotolia
David Ausserhofer, Berlin
Hans Bach, Potsdam
Jerome Berquez/Fotolia
Simon Bierwald, Dortmund
Pia Regina Blümig, Essen
Volkmar Clauß, Nersingen
Guido Frebel, Bochum
Getty Images
Stefan Günther, Berlin
Frederike Hoffmann, Hamburg
Wolfgang Jargstorff/Fotolia
Stefan Lucks, Berlin
Elena Moiseeva/Fotolia
NRW School of Governance,
Duisburg
Paul Paladin/Fotolia

Grafische Realisierung
www.a3plus.de

Essen, Juni 2009
© Stiftung Mercator

Das Dilemma der Planung

Da ist zunächst das Dilemma der Planung. In den vergangenen 25 Jahren geriet Planung fast vollkommen aus der Mode. Unter der Ägide des Marktes war Kurzfristigkeit mehr oder minder die tägliche Lösung. Nun aber wurden wir jäh daran erinnert, dass die Zukunft nicht für sich selbst sorgen kann. Das Kurzfristenken hat zum Zusammenbruch der Finanzmärkte geführt, weil niemand die Verantwortung für die langfristigen systemischen Risiken von Finanzinstitutionen übernommen hatte. Bei der Bekämpfung des Klimawandels müssen wir jedoch unbedingt eine langfristige Perspektive einnehmen: Die meisten heutigen Strategien zielen auf die Erreichung von Emissionsreduktionen, die 20, 30 oder 40 Jahre in der Zukunft liegen.

Das Gleiche gilt für Energie. Während der Phase der Deregulierung haben die meisten privatisierten Energieunternehmen ihre Gewinne kurzfristig maximiert und zukunftsichtige Investitionen unterlassen – sie haben damit kurzfristigen Profit über langfristige Investitionen gestellt.

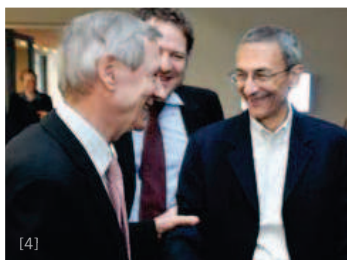
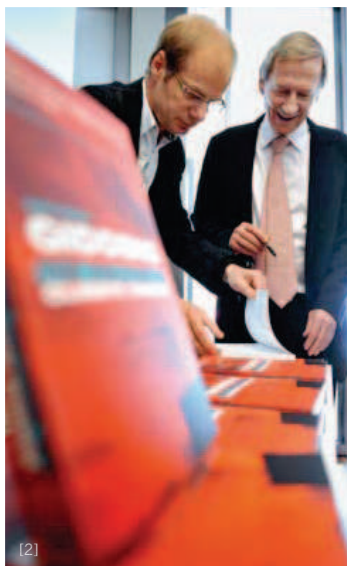
Natürlich können wir heute nicht nolens volens zum Planungsstil der frühen Nachkriegszeit zurückkehren. Dieser wird zu Recht inzwischen gemeinhin als sowohl autoritär als auch ineffektiv angesehen; so wurde manche marode Branche ein Weilchen mit Steuergeldern am Leben erhalten, um letztendlich doch bankrottzugehen. Planung muss deutlich flexibler und ergebnisoffener werden, als sie es in dieser Zeit war.

Technologie als ausgezeichnetes Beispiel

Technologie ist ein ausgezeichnetes – und entscheidendes – Beispiel für die hieran anknüpfenden Fragen. Die technologischen Innovationen, die wir brauchen, um uns stärker in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise zu bewegen, können nicht vom Markt alleine angetrieben werden. Der Staat wird die meisten von ihnen subventionieren müssen, dies umso mehr in Zeiten der Rezession; der starke Fall des Ölpreises bedeutet schließlich auch, dass die meisten kohlenstoffarmen Technologien noch deutlich weniger wettbewerbsfähig sind als noch vor einem Jahr. Der Preiswettbewerb wird ebenfalls nicht zum Aufbau einer Infrastruktur führen, die eigentlich für die Energiesicherheit und Reduzierung von Emissionen benötigt wird.



Anthony Giddens bei der Vorstellung seines Buchs in der Stiftung Mercator.



„Innovationen sind oft unvorhersehbar – sie kommen aus irgendeiner Nebenaktivität, wie das etwa beim Internet der Fall war.“

Wie können Regierungen wissen, welche Technologien unterstützt werden müssen und in welchem Maße? Offensichtlich besteht hier die Gefahr, dass jetzt dieselben Fehler wie in früheren Planungszeiten begangen werden: Man setzt auf Programme, die sich als Sackgassen herausstellen. Es gibt dabei noch ein weiteres wichtiges Problem. Die radikalsten technologischen Innovationen sind oft unvorhersehbar – sie kommen aus irgendeiner Nebenaktivität, wie das etwa beim Internet der Fall war. Wahrscheinlich ist es für eine Regierung die beste Strategie, einfach auf mehrere Pferde zu setzen, um technologische Durchbrüche dann nutzen zu können, wenn sie sichtbar werden; allerdings könnte dieses Vorgehen auch zur Folge haben, dass zu wenig in bestimmte Kernarbeitsgebiete investiert wird.

„Wir müssen die Energie- und Klimapolitik so weit wie möglich entpolitisieren.“

Das Wesen der Demokratie als Problem

Ein weiteres zentrales Problem ist das Wesen der Demokratie selbst. Regierungen kommen und gehen in demokratischen Staaten. Mehr noch: Jederzeit buhlt eine Vielzahl von Themen um ihre Aufmerksamkeit, einschließlich der unmittelbaren Fragen des Tagesgeschäfts. Wie ist aber dann die Kontinuität von Energie- und Klimapolitik langfristig aufrechtzuerhalten – denn das ist nun einmal die Voraussetzung für ihren Erfolg? Wie „macht“ man also eigentlich Langfristigkeit? Ich schlage zwei miteinander zusammenhängende Strategien vor. Wir müssen die Energie- und Klimapolitik so weit wie möglich entpolitisieren. Beide sind von Natur aus weder rechte noch linke Themen, und wir sollten alles daran setzen, sicherzustellen, dass dies nicht von Politikern oder in der Öffentlichkeit so gesehen wird. Auf Aussagen

wie „Grün ist das neue Rot“, wie es der britische Außenminister David Miliband einmal formulierte, sollte man verzichten. Stattdessen brauchen wir eine Art parteiübergreifendes Konkordat, das langfristige Ziele und das Interesse kommender Generationen über den unmittelbaren Kontext stellt. Im britischen Parlament hat eine fraktionsübergreifende Gruppe unter dem Vorsitz der Abgeordneten Colin Challen kürzlich einen umfassenden und gut durchdachten Bericht vorgelegt, der in diese Richtung weist und genau dieses Argument stützt.

„Ein parteiübergreifender Pakt würde die Themen Energie und Klimawandel als dauerhafte Aufgabe im politischen Prozess verankern.“

Die Agenda Setting-Theorie aus der Politikwissenschaft zeigt uns, wie Energie- und Klimapolitik mit der Zeit kontinuierlicher betrieben werden können. In seinem klassischen Werk „Agendas, Alternatives and Public Policies“ vertritt John Kingdon die These, dass die politische Agenda zu jeder Zeit das Ergebnis dreier Strömungen ist, die er Probleme, Politikstrategien (policies) und Politik nennt. Was in der öffentlichen Arena als „Problem“ wahrgenommen wird, ist normalerweise ständig im Fluss und hängt davon ab, was gerade in den Nachrichten läuft. Politikstrategien werden meist von Spezialisten und Experten innerhalb von „Policy Communities“, im vorpolitischen Raum, generiert. Was dann tatsächlich gemacht wird, hängt davon ab, an welchem Punkt diese drei Strömungen aufeinandertreffen. Ein parteiübergreifender Pakt würde die Themen Energie und Klimawandel als dauerhafte Aufgabe im politischen Prozess verankern. Um aber sicherzustellen, dass sie nicht von der Tagesordnung rutschen, müssen vermutlich noch andere Strategeme zum Einsatz kommen – so könnten zum Beispiel auch Aktivisten und zivilgesellschaftliche Organisationen regelmäßig eine Monitoring-Funktion übernehmen.

Anthony Giddens, Ulrich Reitz, Chefredakteur der WAZ, und Hermann Ott, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, diskutieren über „The Politics of Climate Change“ bei der ersten Mercator EssensZeit. [1–3]

Unter den Anwesenden war auch John Podesta, Center for American Progress. [4]

Energie der Zivilgesellschaft

„Der Staat“ besteht natürlich aus einer Vielzahl von Ebenen, in Deutschland unter anderem aus Bundesländern, Regierungsbezirken und Kommunen. Im heutigen globalen Zeitalter agiert er in einem Kontext, den die Politikwissenschaft „multi-layered governance“ nennt, übersetzt etwa Mehrebenen-Steuerung. Diese reicht sowohl nach oben in die internationale Politik als auch nach unten in Bundesländer, Regierungsbezirke und Kommunen. Die Wichtigkeit des Staates und der Planung zu betonen bedeutet daher keinen Rückfall in einen Top-down-Ansatz des Regierens. Ganz im Gegenteil, die wirklich drastischen Initiativen werden künftig sehr wahrscheinlich durch das Handeln weitsichtiger Individuen und aus der Energie der Zivilgesellschaft heraus entstehen. Staaten werden daher künftig mit einer Vielzahl anderer Akteure und Institutionen, auch mit anderen Ländern und internationalen Organisationen, zusammenarbeiten müssen, wenn sie effektiv handeln wollen.

ZUR PERSON



Der Soziologe und Vordenker des „Dritten Weges“ Prof. Lord Anthony Giddens ist der ehemalige Direktor der London School of Economics and Political Science (LSE). Sein aktuelles Buch „The Politics of Climate Change“ ist im März bei Polity Press erschienen. Vor seiner Tätigkeit als Direktor der LSE von 1997 bis 2003 war er Professor der Soziologie am King's College in Cambridge. 2004 wurde ihm mit der Aufnahme ins britische House of Lords der Titel eines Lords verliehen. Neben seiner wissenschaftlichen Karriere ist er als Berater von Tony Blair bekannt geworden. Seit einigen Jahren setzt er sich mit dem Klimawandel und den Konsequenzen der Moderne in einer globalisierten Welt auseinander.

// Mercator EssensZeit

Lord Anthony Giddens präsentierte sein aktuelles Buch „The Politics of Climate Change“ erstmals in Deutschland – bei der ersten Mercator EssensZeit. Die Stiftung Mercator lädt in Kooperation mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) mit der neuen Veranstaltungsreihe die Menschen aus dem Ruhrgebiet zur Mittagszeit in ihre Räume ein, präsentiert ihnen interessante Themen und Redner – und bietet ihnen eine Plattform und einen Raum für Ideen. Die Mercator EssensZeit wird mehrmals im Jahr stattfinden.

www.stiftung-mercator.de/essenszeit